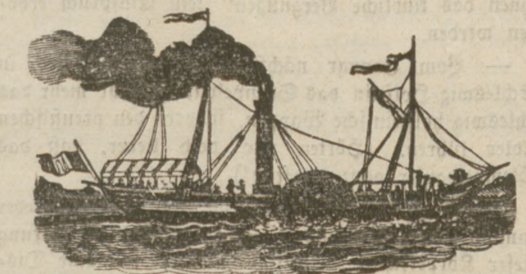
Danziger Dampfboot.

№ 278. **1866.**

Mittwoch, den 28. November. **37ster Jahrgang.**



Das „Danziger Dampfboot“ erscheint täglich Nachmittags 5 Uhr, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage.
Abonnementspreis hier in der Expedition Portechaisengasse Nr. 5. wie auswärts bei allen Königl. Postanstalten pro Quartal 1 Thlr. — Hiesige auch pro Monat 10 Sgr.

Telegraphische Depeschen.

Köln, Dienstag 27. November.

Die „Kölnische Zeitung“ meldet, daß die Kaiserin von Frankreich dem Kommandanten der Yacht „Aigle“ befohlen hat, sich am 5. December in Toulon zum Auslaufen bereit zu halten.

Wien, Dienstag 27. November.

In der heutigen Sitzung des niederösterreichischen Landtages hob im Verlaufe der heute begonnenen Adreßdebatte der Abgeordnete Kuranda hervor, daß der Ausschluß Oesterreichs aus Deutschland unmöglich eine bleibende Thatsache werden dürfe.

London, Dienstag 27. November.

Der „Morningherald“ theilt mit, daß der amerikanische Gesandte kürzlich die Alabama-Frage persönlich wieder aufgenommen hat. Die Regierung hat für eine Reformdemonstration die Parks als Versammlungsplatz verweigert und statt dessen Primrosehill vorgeschlagen.

Petersburg, Dienstag 27. November.

Nach hier eingegangenen telegraphischen Berichten aus Orenburg vom gestrigen Tage ist die Ruhe im Gebiete von Turkestan vollständig hergestellt. Die dorthin kommandirt gewesenen russischen Truppen haben ihren Rückmarsch angetreten. Der Krieg mit den Bucharen ist beendigt, das Freundschaftsverhältniß mit Kokan befestigt. Die Handelsbeziehungen sind überall hergestellt.

Landtag.

Haus der Abgeordneten.

32. Sitzung. Dienstag, 27. November.

Präsident: v. Forckenbeck. Am Ministertische: v. d. Heydt, v. Selchow und die Regierungs-Kommissare Geh. Räthe Mölle und Maclean.

Auf der Tages-Ordnung steht die Fortsetzung der Vorberathung des Budgets im ganzen Hause.

(Die Tribünen sind sehr spärlich besetzt.)

Die Vorberathung des Etats für das Finanz-Ministerium wird fortgesetzt. Abschnitt IV. der Ausgaben. (Pensionen und Kompetenzen.)

Abg. Duncker stellt und rechtfertigt den Antrag: „die königliche Regierung wiederholt und dringend aufzufordern, das bereits längst zugesagte Gesetz wegen Pensionirung der Civil-Beamten, Offiziere und Militair-Beamten wenigstens in der nächsten Sitzung vorzulegen.“

Der Finanz-Minister v. d. Heydt antwortete, daß er nicht in der Lage sei, schon jetzt eine Erklärung über diesen Antrag abzugeben. Die Staats-Regierung habe während der gegenwärtigen Session von der Vorlegung organischer Gesetze im Allgemeinen Abstand genommen und sei daher über den Gesetz-Entwurf noch nicht in Berathung getreten. Er sei aber gern bereit, die Sache in Anregung zu bringen. — Bei der Abstimmung wird der Duncker'sche Antrag angenommen.

Abschnitt V.: Ober-Präsidien und Regierungen.

Abg. v. Unruh beantragt die Streichung der beiden neuen Dirigentenstellen bei den Regierungen zu Oppeln und Gumbinnen. Zur Begründung dieses Antrags geht er näher auf die Verfassung und Geschäfte der Regierungen ein. Er weist darauf hin, daß die Regierungen früher dem Bedürfniß vollständig genügt, ja daß einer der berühmtesten Staatsmänner, der frühere Ober-Präsident v. Vincke, in einem Berichte selbst gesagt habe, daß die Ober-Präsidien entbehrlich wären, weil die Regierungen ihren Zweck vollständig erfüllten. Später indessen hatten diese Collegien mehr und mehr den Charakter der Präfectur angenommen. Er halte eine Umgestaltung der Organisation für unbedingt nothwendig, um so mehr mit Rücksicht auf die neuen Landestheile, welche zum Theil in dieser Beziehung bessere Einrichtungen haben, als wir. — Die Verwaltung des Staats-Eigenthums werde besser einer bestimmten Person anvertraut als einem Collegium; die Geschäfte werden durch eine Person prompt und schneller erledigt, während die Strafgewalt einem Collegium übertragen werden muß. Es wird auch künftig nothwendig sein, einen großen Theil der Verwaltung auf die Kommunen zu übertragen, um zu einer Selbstverwaltung der Kommunen und Kreise zu gelangen. Er erkenne also sowohl die Uebelstände als vorhanden an, wie auch die Nothwendigkeit einer Reorganisation. Er glaube aber, daß die Uebelstände nicht durch Errichtung neuer Dirigentenstellen beseitigt werden können; man darf nicht einen ohnehin schon schwerfälligen Organismus noch verstärken, und empfehle er die Annahme seines Antrages.

Abg. Polomski sucht nachzuweisen, daß die Geschäfte der beiden Regierungs-Collegien namentlich bei der Schulabtheilung sich außerordentlich vermehrt hätten. Tragen Sie Rechnung, so schließt der Redner, der öffentlichen Stimmung. Die „Kölnische Ztg.“ hat in neuester Zeit einen Mahnruf an die Volksvertreter ergehen lassen, den Schulen durch Gewährung an Mitteln aufzuhelfen. Soll dies geschehen, so müssen die Schulen und kirchlichen Angelegenheiten von einer besondern Abtheilung bearbeitet werden. Bewilligen Sie die beiden Stellen und Sie haben gewiß zur Förderung des Schulwesens in jenen Provinzen wesentlich beigetragen.

Abg. Richter (Berlin): Wenn uns eine Vorlage gemacht wäre, diesem dringenden Nothstande abzuhelfen, würde ich mich dafür ausgesprochen haben, unter diesen Umständen ist es mir aber unmöglich; das ist ein Sprung, den ich nicht mitspringen kann. Die kirchlichen Behörden haben seit Jahren planmäßig auf Beseitigung der Uebelstände hingewirkt, wenn aber dem Nothstande noch nicht abgeholfen ist, so liegt es nicht daran, daß die Schulräthe mangelten, sondern daß das Geld dazu fehlte. Auch ist der Grund noch in dem Dualismus zu suchen, der dadurch entsteht, daß zwei Behörden, das Consistorium und die Abtheilung der Regierungen mitzusprechen haben. Genehmigen wir diese Vorlage, so sanctioniren wir diesen Dualismus von Neuem. Ich will die Einheit der kirchlichen Angelegenheit und darum will ich durch mein Votum gegen diese Position die Regierung zwingen, auf die nöthige Reform dieser Zustände Bedacht zu nehmen. Sind die Gemeinden zahlungsfähig, um neue Schulen zu errichten, muß der Staat mit seiner Hilfe eingreifen; eine solche Vorlage würde ich mit Freuden begrüßen. Konnte der Herr Unterrichtsminister in diesem Jahre das Unterrichtsgesetz nicht einbringen, so hat er durch unser Votum Veranlassung, dies im nächsten Jahre gewiß zu thun. Wenn die Königl. Regierung den ersten Instanzen eine größere Wirksamkeit einräumt, wird sie das Verwaltungswesen in den oberen Instanzen vereinfachen. Berichterstatten über diese Angelegenheiten scheint mir die eigentlichste Aufgabe der Landräthe zu sein, die ihre Gemeinden und ihre Verhältnisse ja doch kennen müssen; vielleicht haben aber diese Herren zu viel mit politischen Dingen zu thun. (Widerspruch rechts.) Ich will nicht den Dualismus verlangen und ersuche Sie darum, gegen den Antrag der Regierung zu stimmen. — Abg. Graf Schwerin: Ich bitte Sie dringend, für den Antrag der Regierung zu stimmen. Die Abgeordneten für Magdeburg und Berlin haben ihre Ausführungen sehr weit hergeholt, und wie es mir scheint nur in der Absicht, aus einer reinen Verwaltungsangelegenheit eine politische Frage zu machen. Ich gestehe zu, daß eine Reorganisation auf kirchlichem Gebiet nothwendig und dringend ist, aber deshalb wird man doch die Thätigkeit der Regierung nicht beschränken können, und unsere Aufgabe muß es sein, auch in diesen beiden Regierungsbezirken die Regierungen in den Stand zu setzen, daß sie ihrer Aufgabe gewachsen sind. Ueber die Ausdehnung, welche die Regierungen erhalten müssen, mitzusprechen, sind wir wirklich nicht im Stande. Die 3000 Thlr. haben keine so erhebliche Bedeutung, daß wir ihretwegen die Thätigkeit der betreffenden Regierungen beschränken sollten. Erkennen Sie mit der Regierung das Vorhandensein des Bedürfnisses an, so genehmigen Sie den Antrag. — Finanzminister v. d. Heydt: Diese Stellen sind bereits mehrere Male Gegenstand der Discussion in diesem Hause gewesen. Wenn man gewisse Mängel in der Organisation entdeckt, muß man daraus nicht gleich eine vollständige Umgestaltung vornehmen wollen. Die Regierung erkennt das Vorhandensein der beregten Mängel an und ist bemüht, ihnen abzuhelfen, aber das Bild, welches Hr. v. Unruh hier entworfen, ist gewissermaßen übertrieben. Ich glaube nicht, daß irgend ein Staat auf dem Felde des Unterrichtswesens günstiger situirt ist, und derartige Ausführungen, wie sie der Hr. v. Unruh wünscht, sind leicht geeignet, einer ganz falschen Auffassung Raum zu geben. Der Gegenstand an sich ist zwar einer ernsten Erwägung werth, aber nicht absolut im nächsten Jahre zur Erledigung zu bringen; er bedarf noch reiflicher Ueberlegung. Auch die Absicht des Abg. Richter, daß die Regierung dort, wo Schulen wegen Armuth der Staatsangehörigen noch mangeln, mit ihren Mitteln einzutreten hat, ist wohl richtig, diese Hilfe aber kann nur allmälig gewährt werden, wenn die Mittel des Staats dazu disponibel sind; Sie ersehen aus dem Etat, daß wir bereits den Anfang damit gemacht haben. Ich bitte, bewilligen Sie die in Rede stehende Position. — Abg. Krieger (Goldap) gegen den Antrag der Regierung. — Nachdem die Discussion geschlossen, wurde über die Forderung der Regierung namentlich abgestimmt und dieselbe mit 146 gegen 136 Stimmen bewilligt, wodurch also der Antrag des Abg. v. Unruh abgelehnt ist.

Politische Rundschau.

Die „Nordd. Allgem. Ztg.“ versichert, aus zuverlässigster Quelle zu wissen, daß die Zeitungs-Nachrichten, Graf Bismarck habe aus Gesundheitsrücksichten oder weil er in Ungnade gefallen, sein Entlassungsgesuch eingereicht, unbegründet sind.

Das genannte Blatt erwartet bei der allgemein herrschenden Stimmung über die Dotations-Frage die baldige angemessene Erledigung derselben ohne Erörterungen über die Personen und die Geldsummen. — Mit dem Beschluß des Abgeordnetenhauses, die Kommissionsberathungen des Dotationsgesetzes unter Ausschluß aller Nichtmitglieder der Kommission stattfinden zu lassen, ist zur Genüge angezeigt, daß das Abgeordnetenhaus die Sache im Sinne der Regierung erledigen wird, woran wir keinen Augenblick lang zweifelten. Wie in parlamentarischen Kreisen erzählt wurde, bezog sich ein Kabinetskonseil, der unmittelbar vor Beginn der ersten Sitzung der Dotationskommission abgehalten wurde, auf das Dotationsgesetz. Es konnte nach den vorläufigen Mittheilungen der Regierung nicht in die Sache selbst eingetreten werden, weil der Antrag des Ministeriums auf Geheimhaltung der Mittheilungen an die Kommission erst vom Plenum der Kammer genehmigt werden mußte. Man hält für möglich, daß auch das Abgeordnetenhaus den Gesetzentwurf in geheimer Weise discutirt, und wenn das gleiche Verfahren vom Herrenhaus beliebt wird, woran nicht zu zweifeln wäre, so ist es möglich, daß das Publikum den Tenor des Gesetzes erst mit seiner Publikation im Staatsanzeiger kennen lernt.

Die „Magd. Z.“ erfährt, daß die Regierung eine Persönlichkeit auf der Liste derer verzeichnet habe, denen eine Dotation zugedacht ist, auf welche noch keine der verschiedenen Muthmaßungen gefallen sei. Es soll damit der Prinz Friedrich Karl gemeint sein. Ueber die Verdienste desselben werden allerdings nicht zwei Meinungen bestehen können, wohl aber darüber, ob es angemessen sei, einen königlichen Prinzen mit einem Geldgeschenke zu ehren. General v. Manteuffel dagegen, den die Opposition auf keinen Fall in der Liste sehen möchte, soll in der That gar nicht in Betracht gezogen sein. Dem Prinzen Friedrich Karl sind, wie es heißt, 500,000 Thlr. zugedacht worden.

Wie schon gemeldet, ist von preußischer Seite den Regierungen des norddeutschen Bundes der 1. Februar als Termin für die Berufung des Reichstags be-

zeichnet worden. Hierin liegt nicht nur ein bestimmter Antrieb, die Vorbereitungen so zu treffen, daß bis dahin alle Wahlen beendet sein können, sondern es wird damit auch den Berathungen der Regierungsbevollmächtigten über den Verfassungsentwurf, welche am 15. December hier beginnen sollen, die feste Grenze einer höchstens sechswöchentlichen Dauer gesteckt. Eine solche Grenze dürfte allerdings erforderlich sein, um das Ergebniß einer so vielköpfigen Verhandlung zu sichern und Weiterungen abzuschneiden, die von mancher Seite vorauszusehen sind.

In Abgeordnetenkreisen zweifelt man allerdings an der Möglichkeit, die Arbeiten, welche dem Landtage vorgelegt sind, bis zum Ende des Januars abzuwickeln, so daß zum 1. Februar der Reichstag des norddeutschen Bundes seinen Einzug in das Abgeordnetenhaus halten könnte. — Daß das Budget bis zum 15. Dezember durchberathen ist, steht fest; da indessen mit dem 20. k. Mts. spätestens die Vertagung wegen des Weihnachtsfestes erfolgen dürfte, so glaubt man nicht, daß die dann noch vorliegenden wichtigen Vorlagen im Januar noch erledigt werden können.

Die preußische Regierung soll, wie es heißt, bei der Schweizer Bundesregierung reclamirt haben, daß in letzter Zeit denjenigen Preußen, welche sich ihrer Militärpflicht entziehen, die Niederlassung in der Schweiz auffallend erleichtert werde, in Folge dessen die Cantonalregierungen zur Berichterstattung an die Bundesregierung aufgefordert worden sind.

Es heißt, tiefgehende Meinungsverschiedenheiten seien zwischen dem Staatsminister Belcredi und Hrn. v. Beust aufgetaucht, die, wenn keine Ausgleichung stattfindet, den einen oder andern zum Rücktritt von seinem Posten bestimmen müßten. Welcher Natur diese Meinungsverschiedenheit ist, vermag man nicht anzugeben. Die Freunde des Hrn. v. Beust, oder vielmehr Diejenigen, welche den Minister des Aeußern in seinem Amte erhalten wissen möchten, sind der Ueberzeugung, daß Hr. v. Beust geneigt sei, das verfassungsmäßige Leben in den Ländern diesseits der Leitha wieder zur Geltung zu bringen, und Belcredi sich durchaus dagegen erkläre. Man kann auch Niemand die Annahme verdenken, daß Graf Belcredi seine Schöpfung, die Sistirungspolitik, aufrecht zu erhalten bestrebt ist.

Durch die täglich zu erwartende Rückkehr des Kaisers Maximilian nach dem europäischen Continent wird die interessante Streitfrage angeregt werden, in welches Verhältniß derselbe zum österreichischen Kaiserhause tritt. Es wird noch in Erinnerung sein, daß vor der Abreise des Kaisers Max in Miramare lange Verhandlungen über dessen zukünftige Stellung zur Habsburgischen Dynastie gepflogen wurden, als deren Resultat gerüchtsweise die Entsagung Maximilians auf alle ihm vor den anderen Erzherzogen zustehenden Vorrechte bezeichnet wurde. Wie wir aber schon früher meldeten, ist Kaiser Max beim österreichischen Volke beliebter als alle andere Mitglieder des Kaiserhauses, ja als der Kaiser selbst, so daß seine Rückkunft sehnlichst erwartet wird, in der Hoffnung, daß dann eine neue Aera für das Land erblühen werde. Möglich also, daß in dieser Beziehung interessante Verwicklungen entstehen.

Berlin, 27. November.

— Der jüngste Aufenthalt unseres Kronprinzen am Petersburger Hofe hat dort den günstigsten Eindruck gemacht und das freundschaftliche Band zwischen Preußen und Rußland mehr befestigt.

— Der Prinz-Admiral Adalbert wird im Frühjahr bekanntlich die Kriegshäfen der Vereinigten Staaten bereisen. Kapitän Held soll ihn begleiten.

— Das Marine-Ministerium hat die Errichtung eines Marine-Bekleidungs-Magazins angeordnet, als dessen Depôt Kiel bestimmt ist. Dagegen wird die bisherige Allgemeine Marine-Oekonomie-Commission mit dem 1. December c. eingehen.

— Die liberalen Abgeordneten wünschen sämmtlich, daß die gegenwärtige Session bald geschlossen werde, da sie keine Majorität im Abgeordnetenhause mehr haben. Von der nächsten Session hoffen sie mehr Erfolg, weil die 80 neuen Abgeordneten aus den annectirten Ländern dann schon an den Sitzungen des Landtages Theil nehmen könnten und solche meist zu ihrer Partei gehören dürften, in Folge dessen sie wieder in der Majorität sein würden.

— Der Absicht vieler Abgeordneten, bei dem Etat für das Abgeordnetenhaus zu beantragen, daß dem Präsidenten des Hauses Repräsentationsgelder ausgesetzt werden möchten, ist v. Forckenbeck entschieden, u. A. mit der Drohung entgegengetreten, daß er eher das Präsidium niederlegen als dulden werde, daß er seinen bürgerlichen Charakter durch äußeren Prunk einbüße. Deshalb ist kein Antrag auf Bewilligung von Repräsentationsgeldern gestellt worden.

— Es wurde in positiver Weise versichert, daß die Regierung noch in der diesmaligen Session eine Kreditforderung von 24 Millionen Thalern für Eisenbahnbauten der Landesvertretung vorlegen werde, und zwar soll dafür zuerst das vollständige zweite Geleise auf der ganzen Ausdehnung der Ostbahn hergestellt werden.

— Gegen die Ordensverleihung Seitens der deutschen Exfürsten wird eingedenk der Worte: „Man lasse ihnen das kindliche Vergnügen“ kein Einspruch erhoben werden.

— Vom Januar nächsten Jahres an wird in Schleswig-Holstein das Stempelpapier nicht mehr das schleswig-holsteinische Wappen, sondern den preußischen Adler führen. (Hörten wir doch lieber, daß das Stempelpapier ganz wegfiele!)

— Gegen die Beamten, die sich als Mitglieder hannoverscher Ritterschaft an der Protesterklärung dieser Körperschaft betheiligt hatten, soll eine Disziplinaruntersuchung eingeleitet werden. Die in Hannover noch geltende Borries'sche Disziplinargesetzgebung bietet für solche Zwecke noch wirksamere Handhaben als die preußische.

— In Frankfurt a. M. sind als Candidaten für das norddeutsche Parlament aufgestellt: Graf Bismarck, Carl v. Rothschild, Friedrich Hecker.

— Für das Jahr 1867 wird Frankfurt a. M. zu den Militairlasten eine Pauschalsumme von 340,000 fl. beizutragen haben. — Bisher hatte Frankfurt a. M. nur eine Militair-Ausgabe von 250,000 fl.

— Aus München wird berichtet, der Exkönig von Hannover habe Veranlassung „erhalten“, seinen dortigen Gesandten abzuberufen; die Veranlassung sei ihm dazu gegeben worden, weil die bayrische Regierung Alles aufbieten will, mit Preußen in gutem Einvernehmen zu bleiben.

— Laut amtlichen Mittheilungen hat die Cholera-Epidemie jetzt gänzlich in Holland aufgehört zu grassiren.

— Auf der Pariser Ausstellung des Jahres 1867 wird auch in der dazu bestimmten Abtheilung das preußische Volksschulwesen gehörig vertreten sein. Unser Ministerium der Unterrichts-Angelegenheiten wird die Sache in oberster Instanz leiten. Die Kosten sind mit 4000 Thlrn. veranschlagt.

— Der preußische Botschafter in Paris wird während der dortigen internationalen Ausstellung für die daselbst anwesenden Preußen seine Salons eröffnen und zu deren Bestreitung eine namhafte Summe Seitens des preußischen Staats erhalten.

— Louis Napoleon wird eine Hinterladekanone seiner Empfindung auf dem Marsfelde ausstellen.

— Das russische Kriegs-Ministerium hat einen Konkurs zur Uebernahme der Umgestaltung von 162,000 Gewehren in Hinterlader ausgeschrieben.

— Die Kaiserin von Rußland will mit ihrem Großfürsten Thronfolger und dessen Auserwählten (der dänischen Prinzessin Dagmar) in Nizza diesen Winter zubringen. Möglich, daß unser Premierminister Graf Bismarck sich auch dorthin begiebt.

Locales und Provinzielles.

Danzig, 28. November.

— Bei der heute stattgehabten Stadtverordneten-Wahl der ersten Gemeindewähler-Abtheilung wurden gewählt die Herren: Kaufmann Berger, Bank-Director Schottler, Apotheker Hendewerk, Kaufmann M. A. Hasse, Kaufmann Kämmerer und Schiffs-Rheder O. Linck. Im Ganzen haben 118 Wähler von 292 Wählern ihre Stimmen abgegeben.

[Stadtverordneten-Sitzung vom 27. Novbr.] Den Vorsitz führt Hr. Damme, der Magistrat ist vertreten durch die Herren Oberbürgermeister Geh.-Rath v. Winter, Bürgermeister Dr. Lintz, Stadträthe Strauß, Hirsch und Licht. — Ein Unterstützungsgesuch einer Wittwe aus der Häkergasse wird dem Magistrat zur Berücksichtigung überwiesen. — Hr. Geh.-Rath v. Winter verliest den Kämmerei-Haupt-Etat pro 1867 in den einzelnen Positionen nebst dem Bericht der Kommission. Derselbe kann nicht als ein glänzender, aber unter den obwaltenden Umständen als ein befriedigender bezeichnet werden. In Verbindung mit dem geringen Ernteertrage des vorigen Jahres trugen der gelähmte Handel, die Epidemie und die Mobilmachung wesentlich dazu bei, große Mehrausgaben in der Verwaltung herbeizuführen und eine Mehrbelastung des Budgets mit 106,000 Thlrn. zu veranlassen. Es schien sonach ein Deficit von 75,000 Thlrn. unausbleiblich. Glücklicherweise hat sich dasselbe durch unvorhergesehene Einnahmen sehr viel geringer gestaltet, indem 14,000 Thlr. und 15,000 Thlr. für Naturalleistungen vom Staate zurückerstattet und über 8000 Thlr. durch Gewinnung eines Prozesses zur Rückeinnahme gelangen werden, wodurch das Deficit sich auf ca. 25,000 Thlr. ermäßigt. Dieses Deficit sollte eigentlich noch in diesem Jahre durch Erhebung einer dritten Kommunalsteuerrate gedeckt werden, ist jedoch nach dem Vorschlage der Etats-Kommission auf das nächste Jahr übernommen worden. Es steht somit die Erhebung von drei Raten Kommunalsteuer im Jahre 1867 in Aussicht, von welcher dann noch ca. 4500 Thlr. als Kassenbestand für das Etatsjahr 1868 verbleiben werden. Hr. Schottler wünscht den Etatsbericht durch den Druck veröffentlicht. Hr. Dr. Liévin beantragt, den Bericht durch das Intelligenzblatt zu publiciren. Dieser Antrag wird angenommen. Es sind an Stelle von 4 ausscheidenden Mitgliedern der Etats-Commission Neuwahlen erforderlich, und werden hierzu die Herren Schirrmacher, Tröger, Helm und Rosenstein durch Stimmzettel gewählt. Hr. Rickert beantragt, für die Folge die Verhandlungen der Etats-Kommission innerhalb der Versammlung öffentlich stattfinden zu lassen, was angenommen wird. — Die Erstattung von 90 Thlrn. Stromgeld an den Kaufmann Gerlach für den mit 45 Oderkähnen bewirkten Transport von 1 Million Mauersteinen für die Caserne Wieben wird genehmigt, da Hr. Gerlach nicht Lieferant gewesen, sondern die Mauersteine aus der Königl. Ziegelei bei Kniebau entnommen worden sind. Die Berechtigung, zwischen Heubude und Neufähr zu fischen, wird an Christoph Plockstieß für die Zeit vom 1. Januar 1867 bis dahin 1872 mit dem Pachtzins von 32 Thlrn. 15 Sgr. ertheilt. — Die etwaigen Eisbahnen auf der Mottlau — am Krahnthor für 2 Thlr., am Buttermarkt für 6 Thlr., an der Schäferei für 6 Thlr. — werden unter den vorjährigen Bedingungen in Pacht gegeben. — Dem Gastwirth Kindler werden 16 Thlr. 15 Sgr. Pachtzinsen abgesetzt, weil eine neuere Vermessung des demselben in Pacht gegebenen Landes bei Altschottland 177 □Ruthen weniger ergeben hat, als der Contrakt aufführt. — Für den Abbruch von Treppen vor zwei Häusern in der Johannis- und Häkergasse wird als Beihilfe die kostenfreie Verlegung des Trottoirs vor denselben genehmigt. — Die Kosten für Anfertigung des Stadtplans werden auf den Etat pro 1868 gebracht. — Mit Revision der Kostenrechnung für den Rathhausbau wird Hr. Devrient betraut. — Die Versicherung der städtischen Grundstücke und Mobilien für weitere 5 Jahre bei der schlesischen Feuer-Versicherungs-Gesellschaft wird genehmigt. Es wird mitgetheilt, daß an diese Gesellschaft nur 675 Thlr. Prämien gezahlt werden dürfen, während früher 1040 Thlr. gezahlt worden sind, außerdem auch noch der Vortheil geboten wird, daß das 5. Jahr frei von Prämienzahlung ist. — Hr. F. G. Reinhold beschwert sich in einer Eingabe, daß ein Speicher, den er für 50 Thlr. gemiethet, mit 100 Thlrn. Miethswerth zur Steuer herangezogen worden ist, und ersucht das Wohnungssteuer-Regulativ dahin zu ändern, daß der betr. Kommission solche Einschätzungen nicht mehr zugebilligt werden. Da Beschwerdeführer indeß die Reklamationsfrist überschritten, wird die Angelegenheit reponirt. — Der Vorsitzende eröffnet nunmehr die Diskussion über den in der vorigen Sitzung vom Herrn J. C. Krüger eingebrachten Antrag auf Beseitigung des Confliktes mit der Lazarethverwaltung im Wege der gütlichen Einigung. Herr J. C. Krüger erhält zunächst das Wort: Meine Herren, der Antrag ist nicht etwa aus Opposition gegen den Magistrat oder den Herrn Bürgermeister hervorgegangen, sondern lediglich um die divergirenden Ansichten beider Parteien auszugleichen. In dem Zeitungsartikel erklären die Lazarethvorsteher, daß sie als Bürger der Stadt ein gleiches Interesse an dieser Sache wie alle andern Bürger haben, daß es überflüssig sei, ein neues Lazareth zu bauen, und es nur an der Bereitwilligkeit des Magistrats liege, ein gutes Einvernehmen wieder herzustellen. Der Schwerpunkt des ganzen Schriftstücks liegt darin, daß dem Lazareth nur Patienten mit bösartigen Krankheiten überwiesen, dagegen andere Kranke dem Marienkrankenhause und der Diakonissen-Anstalt übergeben worden sind. Die Beschränkung in der Zahl der Freibetten ist durch Herabsetzung des Kurkostensatzes ausgeglichen worden und beispielsweise durch letztere in 6 Monaten 1575 Thlr. der Stadt erspart, worüber ein Nachweis hierdurch (Redner überreicht solchen dem Herrn Oberbürgermeister) geführt wird. Obgleich ich selbst in der Kommission für den Neubau eines Lazareths gestimmt habe, sehe ich doch jetzt noch nicht die Nothwendigkeit herantreten, daß solches geschehe, weil die Lazarethvorsteher uns zur Einigung auffordern und wir dieselben daher zunächst beim Wort halten wollen. Wie können wir eine so hohe Ausgabe rechtfertigen, sobald das Dunkel in dieser Angelegenheit noch nicht aufgeklärt ist? Ich beantrage, entweder meinen Antrag einer Kommission zu überweisen oder denselben anzunehmen. Herr Breitenbach: Der Krüger'sche Antrag involvirt den Stadtverordneten-Beschluß. Wir können den Antrag nicht einer Kommission überweisen. Der voller Invektiven wimmelnde Artikel der Lazareth-Vorsteher hat Herrn Krüger umgestimmt. Es fragt sich, ob nicht ein neues Lazareth gebaut werden müßte, selbst wenn wir das alte zur Disposition hätten. Die Sache ist gewiß sehr unerquicklich; es haben vier Kommissionen den Einigungsversuch gemacht, aber stets vergeblich. Nunmehr möge die Lazareth-Verwaltung oder die Kgl. Regierung mit ihren Vorschlägen uns entgegenkommen. Mein Antrag lautet: Mit Rücksicht darauf, daß beide Körperschaften eingehende Einigungs-Versuche fruchtlos gemacht, beschließt die Versammlung über den Krüger'schen Antrag zur Tagesordnung überzugehen. Herr Geh.-R. v. Winter: Auch ich kann nicht erkennen, daß der Krüger'sche Antrag gerechtfertigt ist. Auf Grund von Zeitungsartikeln können Beschlüsse nicht umgestoßen werden. Ein Dunkel herrscht in der Sache allerdings. Das provisorische Statut ist keine Basis zum Vergleich. Der gute Wille der Lazareth-Vorsteher ist nicht zu bezweifeln, aber der reicht nicht aus, denn sie sind die Werkzeuge in Anderer Hände. Wir dürfen uns nicht abhalten lassen, das aus-

zuführen, was Jahre lang von uns beschlossen ist. Nachdem noch das Verfahren mit den Freibetten erörtert und vom Redner bemerkt ist, daß die Herabsetzung des Kurkostensatzes auf 10 Sgr. für Nichtortsbehörige und $6\frac{1}{2}$ Sgr. für Ortsbehörige insofern keine Vortheile für die Stadt gewährt hat, als in vielen Fällen die Stadt auch für Nichtortsbehörige hat zahlen müssen und letztere $\frac{1}{5}$ des Krankenstandes gebildet haben, schließt derselbe mit den Worten: Ich begrüße den Antrag des Herrn Breitenbach mit Freuden und ersuche den Krüger'schen Antrag fallen zu lassen. Herr Dr. Liévin: Wir müssen uns unabhängig zeigen. Mögen die Lazareth-Vorsteher den sich selbst bereiteten bittern Trank bis auf den letzten Tropfen leeren. Wir dürfen nicht betteln und wedeln. Herr Helm: Ich ersuche Sie, den Krüger'schen Antrag nicht zurückzuweisen, die Sache liegt jetzt anders als früher. Seien Sie versichert, daß der Lazareth-Vorstand Alles aufbieten wird, den Conflikt zu beseitigen. Ich bin in die Lazareth-Verwaltung mit dem festen Vorsatz getreten, die Anstalt wieder der Kommune zum Segen zuzuwenden. Die Kgl. Regierung ist auf alle Vorschläge des Magistrats bereitwillig eingegangen. Ich habe heute einen Brief von meinem Kollegen Wirthschaft aus Berlin empfangen, welcher die Mittheilung enthält, daß auch vom Ministerium eine Einigung unterstützt werden wird. (Verliest einzelne Stellen des Briefes.) Ersparen Sie die 100,000 Thlr. zum Neubau und treten Sie wieder mit den Kranken in den Genuß der Zinsen des Stiftungsvermögens. Ich berichtige die Zahl der nichtortsangehörigen Kranken von $\frac{1}{5}$ auf $\frac{1}{8}$. Was die Verweigerung der Zinsenzahlungen und die Quittungsleistung betrifft, so konstatire ich actenmäßig, daß zur Zeit der Quittungsausstellung nur zwei Vorsteher am Orte waren (da Herr Hein sich in Königsberg befand), mithin konnten nicht drei Namen unter die Quittung geschrieben werden. Herr Geh.-Rath v. Winter weist darauf hin, daß ungeachtet des erwähnten Zinsengenusses vom Stiftungs-Capital die Kommune jährlich 9000 Thlr. habe zur Lazarethpflege zuschießen müssen, und daß in Geldangelegenheiten nur eine legale Quittung von der Regreßverpflichtung entbinde. Herr J. C. Krüger wendet sich gegen Herrn Dr. Liévin und verwahrt sich gegen persönliche Angriffe, indem er stets seine Selbständigkeit aufrecht erhalten habe, wozu weder Titel noch Reichthum gehörten. Zum Betteln und Wedeln habe er sich nie verstanden. Ein Vertrag mit einer selbständigen Stiftung sei immer annehmbar. Herr Pretzell schildert die schlechte bauliche Beschaffenheit und ungesunde Lage des Stadtlazareths mit grellen Farben. Herr Helm weist auf die Verbesserungen hin. Herr Dr. Liévin erklärt, die Worte betteln und wedeln in anderer Bedeutung gebraucht zu haben, als Herr Krüger denselben unterlegt. Bei der nunmehr erfolgenden Abstimmung wird der Breitenbach'sche Antrag angenommen. — In der Ostritzer Mühlen-Angelegenheit erklärt sich die Majorität für den Magistratsantrag, den seitherigen Pächter unter den proponirten Bedingungen beizubehalten.

— Für das Jahr 1867 werden, mit Rücksicht auf den letzten Feldzug, die größeren Truppenübungen möglichst beschränkt bleiben. Infolgedessen sollen auch nach einer königl. Bestimmung sämmtliche Landwehrübungen in Wegfall kommen.

— Höherer Anordnung gemäß soll auch den schifffahrttreibenden Wehrleuten durch die Ortsbehörden ausdrücklich bekannt gemacht werden, daß für 1867 keine Uebungen derselben stattfinden.

— Der Rittergutsbesitzer von Gordon auf Laskowitz im Kreise Schwetz hat den Königlichen Kronen-Orden dritter Klasse, die Kreisdeputirten v. Falckenhahn auf Groß-Bialachowo im Kreise Graudenz und v. Kries auf Slawkowo im Kreise Thorn den Königlichen Kronen-Orden vierter Klasse, sowie der Kreisdeputirte Freiherr von Buddenbrock auf Klein-Ottlau im Kreise Marienwerder das Ritterkreuz des Königlichen Hausordens von Hohenzollern und der Bürgermeister von Kownacki zu Neuenburg im Kreise Schwetz den rothen Adler-Orden vierter Klasse erhalten.

— Am nächsten Sonntage feiert das Evangelische Johannisstift in der St. Bartholomäi-Kirche sein vierzehntes Jahresfest durch einen Abendgottesdienst. Hr. Pastor Hevelke hat die Festpredigt übernommen; der Jahresbericht wird von Hrn. Pfarrer Rindfleisch aus Ohra abgestattet werden.

— In der gestrigen Sitzung des Gesellen-Vereins hielt Herr Dr. Kirchner einen freien Vortrag über „die Entstehung der Zünfte und Gilden." Mit dem Leben ohne Arbeit im Paradiese beginnend, verfolgte Redner die Entwickelung der Kulturvölker durch die Arbeit, erklärte, wodurch das äußere Leben der Völker die mannichfaltigste Gestaltung angenommen und aus Hirten, Jägern und Fischervölkern zuletzt seßhafte Völker geworden sind; wie aus kriegerischen Verhältnissen Burgen und Städte erstanden, innerhalb deren Gebiete sich der Gewerbefleiß entwickelt habe. Durch die Völkerwanderungen und Kreuzzüge sei der Handel geweckt und die Selbständigkeit der Handwerker hervorgerufen. Das Verhältniß der Handwerker zu den Ständen der Ministeriellen, Grundherren und Junker sei ein geschlossenes durch die Entstehung der Zünfte, Innungen und Gilden geworden. Die Ausdehnung des Gewerbebetriebes sei durch den steigenden Luxus und die Erweiterung der menschlichen Bedürfnisse bedingt worden. Hierbei erwähnt Redner der einfachen Lebensweise in uralter Zeit und führt beispielsweise die Ueberlieferungen eines Reisenden an, der ein irisches Fürstenpaar als Auszeichnung vor den andern Hofleuten nur mit einem Mantel bekleidet vorgefunden habe. Bei der Tafel habe man sich statt der Servietten eines Bündels Heu bedient, welches für die Fürstin nur von feinerer Krescenz gewesen sei, um den zarten Mund zu wischen. Die Zünfte und Gilden hätten durch Uebernahme der Städtevertheidigung umfangreiche Rechte und Freiheiten erhalten und sich mit vielen Zunftgebräuchen und gewissermaßen mit einem Nimbus der Heimlichkeit umgeben. Redner erwähnt hierbei der Wassertaufen und Abpaukungen der Lehrlinge beim Uebertritt in den Gesellenstand. Jede menschliche Einrichtung in der Welt überlebe sich aber mit der Zeit, und so sei es auch mit dem Zunftwesen gegangen. Das Fabrikwesen verdränge in der Jetztzeit das Zunftwesen, und man müsse mit der Zeit mitgehen und das Letztere als eine überlebte Einrichtung betrachten. Der Vortrag dauerte bis gegen 11 Uhr Abends und war nur von ca. 60 Mitgliedern besucht.

— Ein Berliner hat ein Hufeisen erfunden, das die Schärfung der Pferde bei Glätte unnöthig macht. Der König hat die Patentirung befohlen, und es wird bei der Cavallerie und Artillerie eingeführt werden.

Straßburg. Der „Culmer Przyjaciel Ludu" theilt mit, daß man unlängst in der hiesigen katholischen Kirche einen Brief gefunden habe, der die Polen aufforderte, sich für eine zum 1. April k. J. ausbrechende Revolution vorzubereiten.

Königsberg. In der letzten Stadtverordneten-Versammlung zeigte der Magistrat an, daß er den kommandirenden General Vogel von Falckenstein nach seiner Ankunft hieselbst durch eine Deputation begrüßen werde. Die Stadtverordneten-Versammlung beschloß, auch ihrer Seits eine Deputation an den hochverehrten Mann zu entsenden.

Gerichtszeitung.

[Eine Scene vor dem Postschalter.] Der Buchstabe tödtet — der Geist macht lebendig. Die ewige Wahrheit dieses alten biblischen Axioms, welches den tiefsten Ernst athmet, trat ausnahmsweise einmal in komischem Gewande bei einem Vorfall zu Tage, der in Berlin Anlaß zu einem interessanten Beleidigungs-Prozeß gegeben hat. Der Handlungsdiener Philippsborn sendet den Hausdiener Schenka zur Post, damit derselbe etwas zur Beförderung daselbst aufgebe. Der expedirende Postbeamte fordert als Porto mehr Geld von Schenka, als derselbe zu diesem Zwecke von Philippsborn mitbekommen hatte. Schenka geht in Folge dessen wieder nach Hause und referirt wahrheitsgemäß, daß der Post-Beamte einige Silbergroschen mehr für die fragliche Sendung verlange, als er zur Bezahlung erhalten. „Frage doch den Kerl, ob er verrückt ist?" ruft Philippsborn, indem er überzeugt ist, daß seine Taxation des Porto's die richtige, die des Beamten dagegen eine irrthümliche war. Schenka, welcher zu derjenigen Sorte von Dienern zu gehören scheint, die ihre schönste Aufgabe darin suchen, die Befehle ihrer Prinzipale, wenn sie auch noch so unlogisch wären, auf das Allerstrikteste auszuführen, nahm die Aeußerung des Philippsborn wörtlich und buchstäblich, lief spornstreichs zur Post zurück, trat an den Schalter, an welchem das Publikum abgefertigt wird, und sagte dem Beamten, der ihm das Mehrporto abgefordert, mit dürren Worten: „Mein Herr läßt Sie fragen, ob Sie verrückt sind!" Die Treue und Gewissenhaftigkeit, durch welche diese präcise Bestellung des braven Dieners sich auszeichnete, mußte auf Jedermann einen komischen Eindruck machen, ausgenommen eines Einzigen — nämlich den Postsekretär, an den sie gerichtet war. Dieser fand sich natürlich gekränkt und beleidigt, und da er als königlicher Beamter im Dienste nicht nur nicht nöthig hat, sich Kränkungen und Beleidigungen gefallen zu lassen, sondern sogar verpflichtet ist, dieselben zur Rüge zu bringen, so ließ er die Persönlichkeit des Schenka feststellen, um die Anklage gegen ihn zu veranlassen. — In der Untersuchung war derselbe ebenso gerade und offen, wie er es dem Post-Beamten gegenüber gewesen war. „Mein Herr" — so erklärte er bei seiner Vernehmung — „hat mir aufgetragen, den Herrn Sekretär zu fragen, ob er verrückt ist, ich habe gehorcht, also meine Pflicht als Diener gethan." Mit dieser Erklärung entlastete Schenka sich selbst aber nicht nur nicht, sondern er brachte durch dieselbe auch den Philippsborn mit „in die Patsche", denn dieser wurde nun ebenso wie Schenka der wörtlichen Beleidigung eines Beamten im Dienst angeklagt. In dem zur Verhandlung der Sache angestandenen Audienztermine bestritten nun beide Angeklagte lebhaft, die Absicht gehabt zu haben, den Beamten zu beleidigen. Philippsborn versicherte, daß er den Ausruf: „frage den Kerl, ob er verrückt ist," lediglich als eine landläufige Redensart gebraucht und dabei nichts weniger im Sinn gehabt habe, als daß Schenka diese Frage wirklich an den Beamten richten sollte. Daß derselbe dies dennoch gethan, sei eine Dreistigkeit, für welche er, Philippsborn, doch nicht verantwortlich gemacht werden könne. Schenka versicherte seinerseits, daß auch er himmelweit entfernt gewesen, den Herrn Sekretär beleidigen zu wollen. — Das half nun aber Alles nichts. Die Worte, um die es sich handelte, enthielten unzweifelhaft eine Beleidigung. Eine solche würde schon vorgelegen haben, wenn sie auch nur einer Privatperson gegenüber gebraucht worden wären; einem Beamten im Dienst gegenüber waren sie doppelt beleidigend. Demgemäß sprach auch das Gericht über beide Angeklagte das Schuldig, bewilligte aber beiden, mit Rücksicht auf die einigermaßen zu ihrer Entschuldigung gereichende eigenthümliche Sachlage, mildernde Umstände und erkannte gegen jeden von ihnen nur auf 10 Thlr. Geldbuße.

Unter der schweren Anklage des Mordes, begangen an seinem eigenen Kinde, stand Wenzel Kabelac, ein 35jähriger Tischler aus Schwarzkosteletz, vor den Schranken des Landgerichts in Prag. Ein Jeder von den zahlreichen Zuhörern mußte mit dem armen Manne, der keineswegs den Eindruck eines gewöhnlichen Verbrechers machte und laut schluchzend seine traurige Lebensgeschichte erzählte, inniges Mitleid fühlen. Es fällt ihm Folgendes zur Last: Am 13. August fand der Grundbesitzer Johann Granat im Lonnovitzer Teiche „Parez" die Leiche eines ärmlich gekleideten Knaben. Es stellte sich heraus, daß es der am 22. November 1858 geborene Sohn des Tischlergesellen Wenzel Kabelac sei, der sich in der größten Nothlage befand, ohne Arbeit, obdachlos war und alle seine Habseligkeiten verkaufen mußte, um für sich und den Knaben Lebensmittel zu verschaffen. Am 7. August d. J. verließ Kabelac Schwarzkosteletz, um, wie er sagte, den Knaben zu seinen Verwandten bei Eule zu bringen, kam in zwei Tagen allein zurück und erzählte, daß der Knabe bei seinen Verwandten sei. Als nun später das Gerücht sich verbreitete, daß die im Teiche aufgefundene Leiche jene des Knaben Kabelac sei, wurde der Vater zur Verantwortung gezogen. Er leugnete anfangs, den Knaben getödtet zu haben; erst nach der am 18. August vorgenommenen Exhumirung der Leiche bekannte derselbe, daß er den Knaben ertränkt habe. Kabelac erzählte bei der Schlußverhandlung laut weinend, er sei nach dem Tode seines Weibes aus dem Dienste entlassen und hierdurch in das größte Elend gestürzt worden. Er habe nichts zu essen gehabt, habe betteln gehen müssen, doch Niemand wollte ihm etwas geben. Jedermann habe ihn mit den Worten abgespeis't: „Du bist jung, bist stark, kannst also arbeiten." Gerne hätte er diesen Rath befolgt, doch habe er keine Arbeit bekommen können. In seiner Verzweiflung habe er den Entschluß gefaßt, sich zu tödten. Als er weggehen wollte, habe sein Kind sich an ihn geklammert, indem es fortwährend schrie: „Vater, ich will mit Dir gehen!" Er habe das Kind mitgenommen. Als er zum Teiche kam und sich in's Wasser stürzen wollte, habe das Kind abermals nicht zugeben wollen, daß der Vater es allein lasse. Da sei er mit dem Kinde auf dem Damme niedergekniet, habe gebetet, dann das Kind, angekleidet, wie es war, in seine Arme genommen und sei so mit dem Kinde in's Wasser gesprungen. Der Gerichtshof sprach Wenzel Kabelac des Verbrechens des vollbrachten gemeinen Mordes schuldig und verurtheilte ihn hierwegen zum Tode, mit der Klausel, daß der Verurtheilte dem Kaiser zur Begnadigung anempfohlen werden wird.

Vermischtes.

— [Geistesfunken.] Der Wahn und die Träume des menschlichen Geschlechts sind unbewußt Zeugen seiner Erhabenheit. In diesem mystischen Zuge nach unten und nach oben liest der Denker die Hieroglyphe von der Tiefe und Höhe der menschlichen Natur. — Schon Plato nannte den Eigensinn den Begleiter der Einsamkeit. — „Ich kann nicht," ist in sittlichen Dingen ein nichtig Wort, man soll eben können lernen. — Bücher sind Brillen, durch welche wir die Welt betrachten, bald trübend, bald verschärfend, bald verzerrend, immer nöthiger, je schwächer die Augen werden, nie dem gesunden, freien Blick gleich kommend. — Die Höflichkeit der modernen Welt beruht, wie die Tugend selbst, auf der Beschränkung des Einzelnen gegen das Ganze.

— Zu Walldorf, einem großherzoglich badischen Dorfe beim Städtchen Wiesloch findet sich auf dem Kirchhofe eine alte Grabinschrift originellen Inhalts, welche lautet:

Hier liegt unßere Magdt Anna,
Sie hat gar selten gebutzt die Pfanna;
Der HErr Sey Ihr Gnädig,
Sie war sehr Unflätig
Im Leben, hat auch gar offt gezanckt,
Biß Sie der Guguck hat gelangt:
Lieber Leßer geh weg von hier,
Sie Zankt Sonst auß dem grab mit Dir.

Der Verfasser dieser Grabschrift war, wie unser Gewährsmann versichert, ein Pfarrer von Walldorf. Ob das Epitaph — wie wohl aus dem Wortlaut zu entnehmen — seiner eigenen Köchin gegolten, möge, als zur Sache gleichgiltig, unentschieden bleiben. — Eine weitere Grabschrift zu Walldorf, welche sich 1749 der dortmalige Pfarrer Adam Stumpff noch bei seinen Lebzeiten aufstellen ließ, bildet zu obiger einen furchtbar ernsten Gegensatz. In Anspielung auf des Pfarrers Familien-Namen heißt sie nämlich:

Wie dürr Stumpen holtz im Feuer Ich brenne,
Und ach Gott! ach Gott! zum Stumpen ich verbrenne,
Drum Wasser, ach schnell Wasser her!
Damit meins Fegfeuers Flammen wehr.
Ach! Ich bitte dich durch Jesu Christi Bluth
Damit außlösche meins Feuers gluht:
Mit Christ! Was stehst lang her! Schaust an daß grab?
Vom bloßen Schauen Ich kein Labung hab!
Thu für mich, was für dich wolst Seyn gethan:
Was mir thust, nimbt Jesus vor eigen an.

— In Deutschland gab es 1792 162 weltliche Landesherrn, Kurfürsten, Herzöge, Fürsten und Grafen. Dazu kamen 83 geistliche Reichsfürsten, Erzbischöfe, Bischöfe, Aebte u. s. w., ferner 41 freie Reichsstädte, 6 freie Reichsdörfer und etwa 1500 Reichsritter, welche Letztere nicht Sitz und Stimme auf den Reichstagen, aber doch eine Art von Halbsouveränetät unter alleiniger Oberherrlichkeit des Kaisers hatten. Durch den Reichsdeputationshauptschluß von 1803 wurden viele geistliche Fürsten und Reichsstädte mediatisirt und größeren Staaten einverleibt. Aehnliche Vorgänge

folgten dem Preßburger Frieden von 1805 und der Stiftung des Rheinbundes; 42 Staaten wies die deutsche Bundesacte von 1815 auf. Durch Aussterben und Abtretung verringerte sich die Zahl der Fürsten bis 1866 auf 34—30 Fürsten und 4 freie Städte. In diesem Sommer hörten 5 Fürsten und eine freie Stadt auf.

— Im October d. J. fand in Buenos Ayres ein Duell zwischen zwei Mädchen statt. Ein junger Spanier Don Pedro H . . war seit einigen Jahren mit der Senorina Paolita, der Tochter eines reichen Kaufmanns, verlobt, als er plötzlich seine Besuche im Hause seiner Braut einstellte. Paolita liebte den Ungetreuen mit aller Kraft ihres Herzens. Ihre Liebesgluth artete in Haß aus und sie leistete sich selbst einen Eid, Rache zu nehmen. Sie erfuhr nämlich, daß Don Pedro von den blauen Augen einer blonden Deutschen gefesselt wurde und wegen dieser den glühend-schwarzen Augen der brünetten Creolin untreu geworden war. Eines Tages stellte sich Paolita daher in der Straße, in welcher ihre Nebenbuhlerin wohnte, auf die Lauer, und nachdem sie eine Stunde gewartet, kam dieselbe am Arm Pedro's auf sie zu. Mit schleichenden Schritten ging sie auf die Deutsche los, und als sie hart vor ihr stand, gab sie ihr mit aller Kraft der Wuth ein Paar Ohrfeigen, dann zog sie ein Paar Pistolen hervor, die sie bis jetzt verborgen gehalten hatte, und bot der Gegnerin Genugthuung an. Die Deutsche, blind vor Zorn und Wuth, griff, ohne sich zu bedenken, nach der dargebotenen Waffe und schoß auf die Spanierin. Die Kugel zerschmetterte dieser den linken Arm. Trotz der heftigen Schmerzen hatte sie jedoch noch die Kraft und die Geistesgegenwart, ihrerseits loszuschießen, und das deutsche Mädchen stürzte, mitten in die Brust getroffen, im Blute schwimmend, zu Boden. Zwei Stunden darauf war sie todt, ohne wieder zur Besinnung gekommen zu sein. Paolita dagegen hat durch ihre Verwundung keinen gefährlichen Schaden genommen, sie steht der Heilung entgegen und hat einen Eid geleistet, sobald sie völlig hergestellt sei, sich mit ihrem treulosen Liebhaber zu schießen. Don Pedro hat es vorgezogen, dem Duell aus dem Wege zu gehen, und ist von Buenos Ayres nach New-York gereist.

Literarisches.

Im Verlage von Eduard Trewendt in Breslau sind neuerdings Erzählungen und Novellen von Ludwig Habicht unter dem Titel „Irrwege" in zwei Bänden erschienen. Mit den länger werdenden Abenden macht sich auch das Bedürfniß nach einer guten Unterhaltungs-Lectüre geltend, wir wollen deshalb unsere Leser auf diese Novellen hinweisen. Edmund Höfer sagt von Ludwig Habicht's „Irrwegen": „Die acht kleinen Erzählungen, welche die beiden Bände füllen, müssen uns von Neuem auf den Verfasser aufmerksam machen, der durch seine früheren Bücher unsere Theilnahme zu gewinnen verstand. Sie sind fast ausnahmslos auf einen ansprechenden Stoff basirt, die Erfindung ist immer frisch, die Darstellung und Erzählung leicht und ohne Längen. So können wir gleich das erste Stück: „Frauenurtheil" als ein wirklich interessantes, und „Das Gegenüber" als eine Erzählung bezeichnen, die ein altes Thema trotzdem allerliebst behandelt, und in der besonders die hier sehr naheliegende Sentimentalität auf das Anmuthigste vermieden wurde", — und wenn ein Edmund Höfer, der Meister deutscher Erzählungskunst, über ein Werk ein solch' günstiges Urtheil fällt, dann verdient es gewiß in den weitesten Kreisen Beachtung und Theilnahme.

Im Verlage von Hugo Kastner in Berlin ist in dritter Auflage erschienen: **Reineke Fuchs.** Erzählt von Ferd. Schmidt. Illustrirt von G. Bartsch. Ausgabe mit 64 schwarzen Illustr. In eleg. Farbendruck-Umschlag. Cart. Preis 22½ Sgr. Ausgabe mit 56 schwarzen und 8 in dem Institute der Herren Winckelmann u. Söhne in Berlin prächtig colorirten Bildern. In eleg. Farbendruck-Umschlag. Cart. Preis 1 Thlr. 10 Sgr. Dieselbe Ausgabe in Prachtband. Preis 2 Thlr. — Schriftsteller und Künstler haben sich bemüht, das berühmte deutsche Werk den Lesern (Alt und Jung) in würdiger Weise und in einem neuen, angemessenen Gewande vorzuführen; die gediegene Bearbeitung des Stoffes, die lebendige, den jugendlichen Geist besonders ansprechende Darstellung empfiehlt dieses Buch besonders Lehrern, Erziehern und Eltern zur Anschaffung für den Weihnachtstisch. Der Name des Verfassers bürgt für dessen Vortrefflichkeit.

In demselben Verlage sind noch viele andere Jugendschriften von Ferd. Schmidt erschienen: 1) **Göthe's Jugend- und Jünglingszeit.** Ein Lebensbild für Jung und Alt. Mit dem Portrait und Facsimile des jugendlichen Göthe und einer Probeschrift aus seinem 7. Lebensjahre. — 2) **Johann Gottlieb Fichte.** Der deutschen Jugend wird es ohne Zweifel angenehm sein, aus der Jugendzeit des vortrefflichen Mannes, eines der größten Denker unsers Volks, nähere Mittheilungen zu erhalten. Das Buch ist jetzt in zweiter Auflage mit farbigen Illustrationen erschienen.

Auflösungen des Räthsels in Nr. 275: „Bund — Mund — Hund — rund — Sund — und" sind eingegangen von O. M.; E. u. H. B.; O., P. u. F. M.; L. T.; F. D.; C. H.; A. M.; M. H.

Kirchliche Nachrichten vom 19. bis 26. Novbr.

St. Trinitatis. Getauft: Bademstr. Krüger Tochter Emma Laura Clara. Königl. Baumstr. Wendt Tochter Caroline Victoria Emilie. Schuhmachermstr. Träder Tochter Johanna Malwine Elise.

Aufgeboten: Schiffszimmerges. Joh. Gottl. Grimm mit Jgfr. Henriette Bukowski.

Gestorben: Kutscher Sperling Sohn Aug. Ernst, 3 M., Zellgewebe-Vereiterung.

St. Petri u. Pauli. Getauft: Zimmermann Lange Tochter Bertha Laura Henriette. Büchsenmacher Siedersleben Sohn Friedrich Wilhelm. Büchsenmacher Mentel Sohn Carl Ludwig Walter.

St. Barbara. Getauft: Seefahrer Omnitz Sohn Johannes Theodor. Schmiedeges. Güsten Sohn Friedr. Wilhelm.

Gestorben: Bordingschiffer-Frau Eleonore Belck, geb. Münz, 72 J. 10 M. 13 T., Typhus. Kuhhalter-Frau Hanna Elisab. Janzen, geb. Schumacher, 30 J. 11 M., chron. Nieren-Entzündung. Invalide u. Schneiderges. Joh. Carl Nebring, 66 J., Wassersucht. Eigenthümer-Frau Agathe Julianne Kornels, geb. Bohl, in Heubude, 40 J., Zungenkrebs. Schiffseigenthümer Güldenstein aus Thorn todtgeb. Sohn. Segelmachermstr. Gilgardt Sohn Otto Rud. Max, 9 M. 23 T., Darmkatarrh. Kuhhalter Weiß Sohn Paul Gerhard, 5 M. 21 T., Gehirn-Entzündung. Schlosserges. Harnisch Tochter Amalie Auguste, 4 J. 3 M. 7 T., Gehirn-Convulsion. Droschkenkutscher Zierzau Tochter Emilie Wilhelm., 2 M. 3 T., Darmkatarrh.

Meteorologische Beobachtungen.

27	4	331,84	+ 2,0	NWestl. still, leicht bewölkt.
28	8	335,32	+ 1,0	do. do. bedeckt.
	12	336,42	+ 1,8	do. do. do.

Schiffs-Rapport aus Neufahrwasser.

Angekommen am 28. November:

Arendt, Maria, v. Stettin, m. Gütern. — Ferner 1 Schiff m. Ballast.

Nichts in Sicht. Wind: NNO.

Börsen-Verkäufe zu Danzig am 28. November.

Weizen, 90 Last, 129—131.32pfd. fl. 582½—640; 123.24pfd. fl. 552½ pr. 85pfd.
Roggen, 124pfd. fl. 363; 128pfd. fl. 375 pr. 81⅞pfd.
Große Gerste, 111pfd. fl. 330 pr. 72pfd.
Weiße Erbsen fl. 375—396 pr. 90pfd.

Englisches Haus:

Rittergutsbes. Knuth n. Gattin a. Rochoczin. Kaufm. Fischer a. Landsberg a. W.

Hotel de Berlin:

Die Kaufl. Schnädelbach a. Saalfeld a. S., Crohn u. Gürgens a. Berlin, Wurmser a. Leipzig, Boy a. Glauchau, Meyersohn a. Bielefeld, u. Sachs a. Breslau.

Hotel du Nord:

Kaufm. Pirazzi a. Mainz. Schiffscapitain Kroy a. Stralsund.

Walter's Hotel:

Domainenpächter v. Schultz a. Baylien. Lieutenant Kummer a. Köln a. R. Die Kaufl. Pohl u. Michaelis a. Berlin.

Hotel zum Kronprinzen:

Rittergutsbes. Täubner a. Bomben. Hotelbes. Müller n. Tochter a. Pelplin. Die Kaufl. Voodon a. Neuschatel, Knobbe a. Delitsch, Münchmeyer a. Berlin, Drehling a. Elbing u. Frau Hannemann a. Putzig.

Hotel de Thorn:

Rittergutsbes. v. Schaak a. Plötzin i. Pomm. Rentier Gottberg aus Berlin. Dr. Hirschfeld aus Königsberg. Assessor Meffenhagen a. Memel. Die Kaufl. Weber a. Chemnitz, Ruttenfeld a. Treptow a. R. u. Evenhagen a. Berlin.

Schmelzer's Hotel zu den drei Mohren:

Rittergutsbes. Peterson n. Familie aus Dt. Crone. Professor Taussen a. Bonn. Die Kaufleute Berger a. Hamburg, Löwy a. Leipzig, Pagels a. Magdeburg und Völker a. Königsberg.

Hotel d'Oliva:

Rittergutsbes. Buchholz a. Giczin. Administrator Schlösser a. Soldehnen. Fabrikant Bock a. Willen. Die Kaufl. Fischer a. Breslau, Wahlstahl a. Berlin, Engländer a. Haspe u. Otto a. Königsberg.

Stadt-Theater zu Danzig.

Donnerstag, 29. Nov. (56. Abonn.-Vorstellung.)
Graf Essex. Historisches Schauspiel in 5 Akten von H. Laube.

Königl. Preuss. Lotterie-Loose

zur bevorstehenden **ersten** Klasse

das ganze Viertel-Loos	. . . .	für 4 Rth.	17½ Sgr.	
das halbe	„	„ 2	„ 10	„
das viertel	vom Viertel-Loos	„ 1	„ 5	„
das achtel	„ „	„ —	„ 20	„
das sechszehntel	„ „	„ —	„ 10	„

Alles auf gedruckten Antheilscheinen

verkauft und versendet gegen Postvorschuß oder Einsendung des Betrages

Das Lotterie-Antheil-Comtoir von
Meyer,
Danzig, Langenmarkt 7.

Dombau-Loose à 1 Thaler,
König Wilhelm-Loose à 2 u. 1 Thaler
sind zu haben bei **Edwin Groening.**

Die in guter Waare wohlbekannte
Elbinger Schuh- und Stiefel-Niederlage von **S. Reiss**
ist wieder **Portechaisengasse Nr. 8**
auf kurze Zeit geöffnet, und ersuche ein geehrtes Publikum um geneigten Zuspruch.

Verpachtung.

Die im hiesigen Kreise belegenen Majoratsgüter **Saulinke** mit ca. 500 Mrg. Ackerfläche und **Klein-Damerkow** mit ca. 650 Morgen Ackerfläche sollen von Johannis 1867 ab ohne Inventarium auf 12 Jahre anderweitig verpachtet werden. Die Pachtbedingungen sind jederzeit einzusehen auf dem Dominium Woedtke, Kreis Lauenburg in Pommern.

Reitbahn 13. Blumenhalle, Reitbahn 13.

Frische Veilchen, Bouquets zu den bevorstehenden Bällen, **Kränze, Körbchen** von frischen u. getrockneten Blumen, sowie Topfgewächse offerirt **M. Raymann.**



F. Böcke's
Universal-Nähmaschinen

für den **Familien- und Hausbedarf,** sowie für alle **Gewerbetreibende,** ihrer **soliden Bauart wegen in ausgedehnten Kreisen vertreten,** empfiehlt, mit allen **neuen Hilfsapparaten** versehen, das **Haupt-Depot** bei

Victor Lietzau,
Danzig.

Gänzlicher Ausverkauf

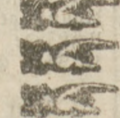
des

Kurz-Waaren-, Band- und Garn-Lagers

aus der

L. Wallenberg'schen Concurs-Masse,
Große Gerbergasse 11.

Ganz auffallend billig werden von heute ab verkauft:



Strick-Wollen,
Zephir-Wollen,
Crinolinen.

Französisches Nähgarn, 3 Knäulchen für 2 Sgr. 3 Pf.

Verantwortliche Redaction, Druck und Verlag von Edwin Groening in Danzig.